

# Amoklauf am Mittelmeer (II)

27.08.2018

ROM/BERLIN (Eigener Bericht) - Begleitet von heftigem Protest der Vereinten Nationen ist am gestrigen Sonntag die Festsetzung von 150 Bootsflüchtlingen auf einem Schiff der italienischen Küstenwache beendet worden. Nur ein einziger EU-Staat hat sich bereit erklärt, einige der Flüchtlinge aufzunehmen. Zuvor waren auf dem Küstenwachtschiff wegen der katastrophalen hygienischen Verhältnisse erste Tuberkulose-Verdachtsfälle gemeldet worden. Verantwortung für das Geschehen, das mutmaßlich den Tatbestand der Freiheitsberaubung erfüllt, trifft auch Berlin: Die Bundesregierung weigert sich hartnäckig, Rom im Gegenzug gegen die Rücknahme von Asylsuchenden, die an der deutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen werden, bei der Unterbringung auf dem Mittelmeer geretteter Flüchtlinge unter die Arme zu greifen. Menschenrechtler konstatieren einen Rekordanstieg der Todesquote auf dem Mittelmeer seit dem Beginn der Hafensperren für Seenotretter und der Kampagne gegen private Hilfsorganisationen. Knapp zwei Drittel der Menschen, die weltweit auf der Flucht zu Tode kommen, sterben auf dem Mittelmeer.

## Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung

Die Diciotti, ein Schiff der italienischen Küstenwache, hatte bereits am 15. August mit 190 aus Seenot geretteten Flüchtlingen die italienische Insel Lampedusa angesteuert. Lediglich 13 Flüchtlinge, die sofortige ärztliche Hilfe benötigten, wurden in ein Krankenhaus auf Lampedusa eingeliefert; das Schiff hingegen durfte nicht einmal in den Hafen einlaufen. Ab dem 20. August gestattete die italienische Regierung es der Diciotti dann, an der Hafemole im sizilianischen Catania festzumachen, ließ aber - trotz heftiger internationaler Proteste - nur 27 minderjährige Flüchtlinge an Land gehen. Die 150 anderen sowie die Besatzung wurden an Bord festgehalten - trotz miserabler hygienischer Bedingungen: Das Boot verfügt zum Beispiel nur über zwei Bäder. Selbst als erste Tuberkulose-Verdachtsfälle gemeldet wurden - viele Flüchtlinge leiden darüber hinaus an Krätze -, ließ Rom nur auf energisches Drängen der Gesundheitsbehörde 16 erkrankte Menschen zur Behandlung an Land gehen. Ein Hungerstreik der Flüchtlinge sowie mehrere Strafanzeigen unter anderem wegen Freiheitsberaubung führten ebenfalls zu nichts. Rom, das bereits seit Monaten mit derlei Praktiken von sich reden macht - die Diciotti traf die Hafensperre jetzt zum zweiten Mal [1] -, hob die Blockade erst auf, als die Aufnahme der Flüchtlinge jenseits seines Zuständigkeitsbereichs gesichert war. Als einziges EU-Land hat sich dabei Irland bereit erklärt, zwei Dutzend Menschen aufzunehmen. Das Nicht-EU-Mitglied Albanien soll weitere 20 übernehmen. Die übrigen Flüchtlinge finden mangels staatlicher Unterstützung in katholischen Diözesen Unterkunft.

## Die Menschenrechts-Union

Verantwortung für das mutmaßlich kriminelle Geschehen um die Diciotti tragen dabei auch Berlin und die EU. So wäre es für sämtliche EU-Staaten, insbesondere auch für Deutschland, ein Leichtes gewesen, bereits am 15. August die Aufnahme von Flüchtlingen von dem Schiff zuzusagen - und damit deren Leiden ein Ende zu setzen. Stattdessen endete am Freitag ein Treffen von 14 EU-Staaten, bei dem der Umgang mit den Flüchtlingen auf der Tagesordnung stand, ergebnislos: Die Union, die sich rühmt, in aller Welt für Menschenrechte einzutreten, sah sich nicht in der Lage, 150 darbenenden, von Tuberkulose bedrohten Menschen Unterkunft zu bieten. Das trifft nicht zuletzt auf Deutschland zu. Äußerungen von Bundesinnenminister Horst Seehofer deuten zudem darauf hin, dass die Flüchtlinge auf der Diciotti einem deutsch-italienischen Machtkampf zum Opfer gefallen sind. Demnach übt Berlin mit allen Mitteln Druck auf Rom aus, Flüchtlinge, die an der Grenze zwischen Deutschland und Österreich aufgegriffen werden, umgehend zurückzunehmen, sofern sie zuvor in Italien einen Asylantrag gestellt haben. Entsprechende Vereinbarungen hat die Bundesregierung bereits mit Spanien und Griechenland getroffen. Käme eine weitere mit Italien zustande, dann könnte die Bundesrepublik - zumindest theoretisch - beinahe alle Flüchtlinge, die via Österreich einreisen, sofort wieder abschieben. Er sei "sehr zuversichtlich", sich schon bald mit Rom einigen zu können, teilte Seehofer am Wochenende mit. Die italienische Regierung erwarte allerdings, dass Deutschland sich im Gegenzug "an der Seenotrettung" bzw. an der Aufnahme der geretteten Menschen beteilige.[2] Dazu war Berlin zumindest im Fall der Diciotti nicht bereit.

## "Schlechter behandelt als Hunde"

Das Geschehen um die Hafensperre für die Diciotti hat international für massive Proteste gesorgt. Unter anderem haben die Vereinten Nationen scharfe Kritik an der EU geübt. "Die Zeit ist reif, das Hin und Her zu beenden, in dem sich Länder einen Wettlauf darum liefern, wer die geringste Verantwortung für Menschen übernimmt, die auf dem Meer gerettet wurden", beschwerte sich UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi am Samstag: "Es ist gefährlich und unmoralisch, das Leben von Flüchtlingen und Asylsuchenden Risiken auszusetzen, während die Staaten ein politisches Tauziehen um langfristige Lösungen abhalten." [3] Außergewöhnlich deutliche Äußerungen kamen zudem aus der katholischen Kirche. "Wir bauen eine Welt der Mauern wieder auf und riskieren, zum Gesetz des Wilden Westens zurückzukehren, bei dem der Stärkere und Mächtigere über die Armen und Schwachen entscheidet", warnte am Samstag Kardinal Francesco Montenegro, Erzbischof von Agrigento und Präsident der Caritas. "Auf diesem Schiff leiden Frauen und Männer", konstatierte Montenegro: "Wenn es sich um Tiere handeln würde, würden wir sie besser behandeln; denn wenn man einen Hund an der Autobahn zurücklässt, wird man bestraft, während wir Menschen mitten im Meer zurücklassen können". [4]

## Die Folgen der Hafensperren

Bereits vor dem jüngsten Skandal um die Diciotti hatte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ein vernichtendes Urteil über die Flüchtlingsabwehr der EU gefällt. Amnesty zufolge ist die Todesrate unter den Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen suchen, von 1:64 in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf 1:16 im Zeitraum Juni/Juli gestiegen; demnach kam zuletzt einer von 16 Bootsflüchtlingen auf dem Mittelmeer ums Leben - mehr als je zuvor. Wie Amnesty konstatiert, lassen sich Todesfälle auf See unter den aktuell gegebenen Umständen wegen der brüchigen, miserabel ausgestatteten und überfüllten Flüchtlingsboote wohl nicht ganz vermeiden. Der jüngste Anstieg der Opferzahlen sei jedoch "kein unvermeidliches Missgeschick". Vielmehr falle er mit dem Beginn der Hafensperren

zusammen, bei denen Italien und Malta eine Vorreiterrolle innehaben; dabei lassen allerdings auch die anderen EU-Staaten die von Rom und Valletta abgewiesenen Boote höchstens in PR-trächtigen Ausnahmefällen an Land. Hinzu kommt Amnesty zufolge, dass Seenotrettungsschiffe privater Hilfsorganisationen, die bis Mai 2018 noch ungefähr 40 Prozent der Rettungen geleistet hätten, inzwischen von der EU bekämpft werden und weitgehend ausfallen. Nicht zuletzt müsse man in Rechnung stellen, dass Eigentümer und Kapitäne privater Schiffe sich zunehmend einer Beteiligung an der Seenotrettung zu entziehen suchten, weil sie damit rechnen müssten, auf unabsehbare Zeit mit Flüchtlingen an Bord faktisch festgesetzt zu werden.[5] Treffen die Beobachtungen von Amnesty zu - und daran kann kaum ein Zweifel bestehen -, dann liegt die unmittelbare Verantwortung für den zusätzlichen Tod hunderter Flüchtlinge bei der EU.

## Soviel zivile Opfer wie in Afghanistan

Dabei kommen bereits seit Jahren mehr Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa zu Tode als an jedem anderen Ort der Welt. Nach Zählungen der International Organization for Migration (IOM) sind in diesem Jahr - Stand: 23. August - mindestens 1.546 Menschen beim Versuch umgekommen, über das Mittelmeer in die EU zu gelangen; das sind 62,7 Prozent aller 2.466 auf der Flucht verstorbenen Menschen weltweit. Dem stehen 344 Flüchtlinge gegenüber, die in Amerika beim Versuch, in die Vereinigten Staaten zu gelangen, ihr Leben verloren. 298 starben auf dem afrikanischen Kontinent - darunter 175 auf dem Weg in Richtung Europa -, 129 in Asien, 82 im Mittleren Osten - darunter 16 auf dem Landweg aus der Türkei nach Griechenland - und 67 in Europa selbst. Insgesamt sind seit dem Jahr 2000 inzwischen mehr als 36.000 Todesfälle unter Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa dokumentiert.[6] Dabei sind sich Experten einig, dass eine hohe Dunkelziffer an Todesopfern vor allem auf dem Weg durch die Sahara an die Mittelmeerküste hinzugezählt werden muss. Doch selbst ohne deren Berücksichtigung entspricht die Zahl der toten Flüchtlinge recht genau der Zahl der Zivilisten, die im selben Zeitraum den Kämpfen im Afghanistan-Krieg zum Opfer gefallen sind.[7]

[1] S. dazu Amoklauf am Mittelmeer (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7671/>).

[2] Italienische Justiz ermittelt gegen Minister Salvini. faz.net 25.08.2018.

[3] UNHCR calls on Europe to stand by humanitarian principles, receive rescued Diciotti passengers. unhcr.org 25.08.2018.

[4] Le norme sull'immigrazione non si cambiano giocando con la pelle delle persone. lastampa.it 25.08.2018.

[5] Amnesty International: Between the Devil and the Deep Blue Sea. Europe Fails Refugees and Migrants in the Central Mediterranean. London, August 2018.

[6] Die hingenommenen Toten: Jedes Jahr sterben Tausende auf der Flucht. proasyl.de 27.02.2018. Demnach waren bereits Anfang des Jahres mindestens 35.000 tote Flüchtlinge zu beklagen.

[7] Laut Recherchen der Brown University wurden zwischen Oktober 2001 und Juli 2016 mehr als 31.400 Zivilpersonen bei Kampfhandlungen in Afghanistan getötet. Im Jahr 2017 kamen laut in dem Land Angaben der UNO mehr als 3.400 weitere Zivilisten ums Leben.



© German News Information GmbH  
[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com) (mailto:info@german-foreign-policy.com)

